

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt-Riesner
Gartenstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1880.
Verleger:
Riesner Nr. 22.

Nr. 84.

Sonnabend, 9. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festsätze, Bemerkungen, Abdruck, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß, oder der Auftraggeber in Anspruch gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge, Anzeigen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Goesch und Briand.

Die Osterpause des Reichstages wird auch von fast allen Reichsministern zu einer kurzen Erholungsreise benutzt werden. Angesichts der schwebenden außenpolitischen Fragen wird der Reichsaussenminister über Ostern in Berlin bleiben und gleichzeitig den Reichsanwalt vertreten. Die außenpolitischen Verhandlungen des Auswärtigen Amtes werden auch über Ostern nicht ruhen. Im Vordergrund stehen neben der Beilegung Deutschlands an dem sogenannten Albanien-Ausgleich vor allem auch die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und die von dem deutschen Gesandten in Paris mit den dortigen zuständigen Stellen im Gange befindlichen Verhandlungen über die Niederlassungsfrage.

Der deutsche Botschafter in Paris hatte am Freitag eine längere Besprechung mit dem französischen Außenminister Briand, der, wie es in einer halbamtlichen Mitteilung heißt, schwebende Fragen zu Grunde lagen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, fanden im Mittelpunkt dieser Unterredung die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und auch, was besonders wichtig ist, die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Niederlassungsfrage. Was die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen betrifft, so hat Briand Herrn von Goesch gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er nunmehr den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich wünsche und es nicht gern sehen würde, wenn man wiederum nur zu einem längeren Provisorium gelangen wird. Daraus geht hervor, daß die Bedenken, die in weiten Kreisen Deutschlands gegen den neuen französischen Zolltarif wegen seines prohibitorischen Charakters geltend gemacht werden, auch von der französischen Regierung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Man befürchtet insbesondere in Paris, die neuen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen könnten aus diesem Grunde wieder nur zu einem Provisorium führen. Auffallend ist, daß die französische Presse einen in einem führenden süddeutschen Wirtschaftsjournal veröffentlichten Artikel über den französischen Zolltarif weitgehend ausblendet. Darin wird merkwürdigerweise der Standpunkt vertreten, der neue französische Zolltarif sei als Verhandlungsbasis zwischen Deutschland und Frankreich durchaus annehmbar. Wie es nun heißt, hat Briand und der französische Außenminister Botanowski die Pariser Presse angewiesen, immer wieder anhand dieses Artikels des süddeutschen Blattes darauf hinzuweisen, daß die Auffassung der Reichsregierung, der neue französische Zolltarif sei für Deutschland unannehmbar, von der maßgebenden deutschen Wirtschaft nicht geteilt werde. Auf jeden Fall kann schon jetzt gesagt werden, daß diese unverständliche Betrachtung des französischen Zolltarifs in diesem deutschen Blatte, das auch im Ausland eine große Resonanz besitzt, die Verhandlungsführung der deutschen Delegation in Paris ungemein erschweren wird.

Wenn der französische Außenminister und der Handelsminister Botanowski nun glauben, die Auslassungen des süddeutschen Blattes über den französischen Zolltarif waren ein geeignetes Handelsobjekt, bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, so dürfte der deutsche Botschafter in seiner jüngsten Unterredung mit Briand diesen eines anderen belehrt haben, denn schließlich werden die beiderseitigen Handelsvertragsverhandlungen nicht zwischen einer Zeitung und einer Regierung, sondern von Regierung zu Regierung geführt.

Abrüstungspeffimismus in Genf.

Genf, 8. April. Die vorbereitende Abrüstungskommission trat heute in die Diskussion des deutsch-französischen Vorschlags ein, der ein Maximum für die gesamten militärischen Ausgaben wie für den Kasern und die Herstellung von Kriegsmaterial fordert. Die heutige Vormittagsbesprechung einen ausgeprochenen pessimistischen Charakter. Der alte Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Auffassung konnte noch nicht überbrückt werden.

Im Verlaufe des vorbereiteten Ausschusses ergriff der deutsche Delegierte

Graf Bernstorff

das Wort:

Ich widersetze mich nicht, so fähre er u. a. aus, der Abrüstungsbeschränkung durch Ausgabebeschränkung, aber diese Methode ist nach meiner Auffassung nur ein ergänzender Weg. Unsere Aufgabe ist es, die Effektivebestände, die Reserven und das Rüstungsmaterial zu erfassen. Für uns ist nur der Vergleich der Rüstungen von Interesse, denn er allein könnte zur Herabsetzung der Rüstungen führen, die allein Gegenstand des Art. 8 des Völkervertrages sind, der nicht etwa von Begrenzung der Rüstungen sondern ausdrücklich von der Herabsetzung der Rüstungen spricht. Ich bin also auf Grund dieses Artikels 8 des Völkervertrages ermächtigt, diese Herabsetzung der Rüstungen zu verlangen. Ohne Herabsetzung der Rüstungen würde der Völkervertrag ein Topf bleiben und seine Tätigkeit würde für die nächsten 5 Jahre gelähmt sein.

Graf Bernstorff erklärte weiter: Es wäre wahrhaftig zu viel, wenn man von Deutschland verlangen wollte, daß es jetzt eine Konvention unterzeichne, die nichts anderes als eine Verewigung dieses Zustandes bedeuten würde. Das wäre wahrhaftig unmöglich. Ich habe dieser Tage in einem amtlichen Dokument der französischen Regierung ein Wort gelesen, das auf mich sehr großen Eindruck gemacht hat und das

Das Redegefecht um das Arbeitszeitnotgesetz. Deutscher Reichstag.

von Berlin, 8. April, 11 Uhr vorm.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die

3. Lesung des Arbeitszeitnotgesetzes.

Abg. Graumann (Soz.) wendet sich gegen die Wünsche des Handwerks, namentlich der Bäcker, von dem Gesetz befreit zu werden. In den Mühlen sei eine 14-16stündige Arbeitszeit gang und gäbe. Rehnlich sei es im Feinbäckergewerbe, obwohl gerade in diesem Gewerbe die Arbeitslosigkeit besonders groß sei. In den Bäckereien sei es seit Beilegung der Nacharbeit besser geworden, aber auch für die Bäckergesellen bedeute das Arbeitszeitnotgesetz eine Gefahr. Die Regierungsparteien hätten zu erkennen gegeben, daß sie keine Abänderung mehr anlassen wollen. Das Gesetz trage das Risiko des Scheiterns an der Stirn. Dem Kernproblem der Arbeitslosigkeit gehe man nicht zu Grunde. Der Widerstand der Unternehmer gegen dieses Gesetz sei nur ein Scheuergewissen. Der Achtstundentag sei tragbar, sei erforderlich, um dem Arbeitslosenproblem wirklich zu Hilfe zu kommen, er sei sogar wirtschaftlich vorteilhaft, weil er neue Kunden schaffe, den inneren Markt härte. Für dieses Gesetz gelte das Wort: Gemogen, zu leicht befunden, verworfen (Beifall bei den Soz.).

Abg. Dr. Siegerwald (Str.) wendet sich gegen die immer wiederholte Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Forderungen aller Gewerkschaften vertrete. Das Verhandlungsergebnis sei von allen Seiten nur als Mißlingen angesehen worden, die nicht pöblich und rechtslos im Reichstag durchgesetzt werden könnten. Durch fortgesetztes Auftreten könne man die Arbeitszeitfrage nicht lösen. Wenn Ihre Agitation im Lande, so ruft der Redner den Sozialdemokraten zu, ein Täuschen wagen will, — wir sind bereit! (Beifall im Zentrum, Unruhe links.) Zwischen christlichen und kommunistischen gerichteten Gewerkschaften eingeleitet, werden Sie (zu den Soz.) auf die Dauer nicht leben können (Unruhe bei den Soz.). In Preußen hängt Ihre Abhängigkeit vom Staat nicht von Ihnen, sondern vom Zentrum ab (Große Unruhe links). Im Reich regieren wir sehr gut ohne Sie (Beifall im Zentrum). Die Sozialdemokratie ist entbehrlich, ihre Politik ist immer falsch orientiert. Sie hat auch mit der welthistorischen Stunde der Revolution nichts anzufangen gewußt. Ebenso war der Sturz Marx' im Dezember 1926 bestimmt kein Meisterstück der Sozialdemokratie. Der direkte Weg zur Arbeitszeitverkürzung, den Sie (zu den Soz.) eingeschlagen haben, führt nicht zum Ziel. Gegen die Selbstkonkurrenz kann man dadurch von einem Tag auf den anderen nicht neue Arbeitsstellen schaffen. Auf meine Ausführungen, in der großen Koalition wäre auch nicht mehr zu erreichen gewesen, rief mir neulich Herr Solmann zu: „Dann sind wir ja nicht in die große Koalition gegangen!“ (Hört! Hört! rechts und im Zentrum.) Wenn man selbst wußte, daß nicht mehr zu erreichen war, dann darf man auch den christlichen Gewerkschaften daraus keinen Vorwurf machen (Lebhafter Beifall im Zentrum).

Abg. Gedeert (Komm.) erklärt, jetzt bekämen die Sozialdemokraten den Dank des Herrn Siegerwald dafür, daß sie in der konventionell-wirtschaftlichen mit den Christlichen und den Demokraten den Achtstundentag verraten hätten. Den Bergarbeiterverband hätten die Sozialdemokraten kaputt gemacht. (Abg. Limberg (Soz.): Das ist eine Äußerung!) Das sei eine geschichtliche Tatsache. Aber die Fünftagespflicht habe die Sozialdemokratie den Arbeitern abgewinkelt, angeblich für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und den Achtstundentag. Nicht nur die historische Stunde von 1918 habe die Sozialdemokratie verpaßt. Sie verpaße jede Minute, um für die Arbeiterrechte zu kämpfen. Darum sei sie zum Gespött geworden und werde aber kurz oder lang auch aus der preussischen Regierung hinausfliegen.

Abg. Eißler (Nat.-Soz.) bekennt sich zum unelastischen Achtstundentag, stimmt jedoch dem Vorbehalt zu,

daß hier an dieser Stelle wiederholen möchte. Man las in diesem Dokument „Frankreich kämpft für die Gleichheit der Völker.“ Nun wohl: Die Arbeiter, die lesst! Ich wäre dankbar, wenn der französische Delegierte hier für die Gleichheit der Völker kämpfen würde; dann würden die Arbeiter und besonders die Weibchen, von denen ich schon gesprochen habe, in besserer Zukunft leben.

Generalabspernung in der Zigarettenindustrie.

Berlin. Wie bereits durch die Presse gemeldet, hat der Reichsverband deutscher Zigarettenhersteller seine Mitglieder angewiesen, zur Abwehr des durch Schiedspruch angeordneten Lohnrücklasses von zehn Prozent allen Arbeitnehmern zum Zwecke der Abspernung zum 16. April an zu kündigen. Die Kündigungen sind nunmehr rechtlich durchgeföhrt worden. Es ist bemerkenswert, daß auch die außerhalb des Verbandes stehenden Zigarettenfabriken sich diesem Vorgehen angeschlossen haben.

Schiedspruch im Reichsbahnenpakt.

Berlin. Die vom Reichsarbeitsminister eingesezte Schiedsstammer für den Lohnstreit bei der Reichsbahn

weil es den Arbeitern erhebliche Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand bringe.

Abg. Graumann (Soz.): Herr Siegerwald sagte, seine Bemerkungen über die Preußenkoalition sollten keine Drohung sein. Wir haben sie auch nicht so angesehen. Wir sind nicht um Ihre (zum Zentrum) schönen Augen willen in der Preußenkoalition, deren Bestand übrigens nicht nur von Ihnen abhängt. Herr Andre und Herr Siegerwald hätten sich lieber nicht zu Fälschungen ihrer Partei für dieses Gesetz machen sollen. Sie hätten das andere überlassen sollen. Denn die Entschädigung ist auch in der christlichen Gewerkschaftspresse groß. Wir befürchten Ihre (zum Zentrum) Haltung umsomehr, als ein Zusammenstoß der Arbeiterschaft heute besonders notwendig ist.

Abg. Limberg (Soz.) beschwert sich besonders über Vertrat der Bergarbeiterinteressen durch das Zentrum. Die Schwäche der Gewerkschaften aber sei auf die Dummheit und Bosheit der Kommunisten zurückzuführen (Lärm bei den Komm.).

Abg. Niesberg (Dn.) erklärt, nur Handwerk und Arbeitgeber überhaupt hätten Anlaß, sich gegen dieses Gesetz zu wehren. Auch das Bäckergewerbe wolle endlich frei werden von der Buchhandlungsfrage vom 23. November 1918 (Lachen und Lärm links). Der Redner empfiehlt deshalb eine Ausnahmsentscheidung, die eine freiere Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage im Bäckergewerbe verlangt.

Abg. Dr. Siegerwald (Str.) erklärt, er billige die politische Entwicklung, die das Ausschneiden der Sozialdemokraten mit sich gebracht habe, nicht; er wolle keine Rückschrittentscheidung, namentlich keine sozialpolitische. Er habe das Inkonsequente abhängig gemacht von der Beilegung der Arbeiterunruhen, die dieses Gesetz nun auch tatsächlich bringe.

Abg. Gedeert (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten mit Hugo Stinnes eine Stunde Mehrarbeit für die Bergarbeiter verabredet. Seine weiteren Ausführungen gehen in allgemeiner Unruhe unter.

Die Vorlage wird, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, unverändert in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 184 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Wegen des Gesetzes stimmt außer der Linken auch die Wirtschaftspartei. Das Gesetz tritt am 1. Mai d. J. in Kraft.

Angenommen werden auch die Ausnahmsentscheidungen über freiere Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit in den Bäckereien auf die einzelnen Wochentage und über gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Darauf begründet Abg. Eißler (Komm.) die Interpellation über Verletzung der Exterritorialität der Sowjetunion in Peking. Nach unbestimmten Presseberichten hätte das diplomatische Korps sein Einverständnis mit dem Vorgehen der Sowjetischen Eskadronen erklärt. (Hört! Hört! bei den Komm.) Man müße fragen, ob auch der deutsche Gesandte damit einverstanden gewesen sei. Ferner sei auch der russische Konsul in Schanghai von britischen Truppen blockiert.

Der Dirigent der Okkupationsabteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Legationsrat Dr. Trautmann, erwidert, daß aus den neuesten telegraphischen Berichten anderer Geandten in Peking hervorgeht, daß er von dem Vorgehen der chinesischen Polizei vorher nicht Kenntnis hatte, sondern dadurch vollkommen überrascht worden ist. In einer erschöpfenden rechtlichen Beurteilung des Vorgehens der chinesischen Polizei fehle es dem Auswärtigen Amt im Augenblick noch an den nötigen tatsächlichen Unterlagen. Auf alle Fälle muß berücksichtigt werden, daß Deutschland in dem Versaillesvertrag auf die Rechte aus dem sogenannten Pekingprotokoll hat verzichten müssen. Ich möchte schließlich besonders davor warnen, einzelne ausländische Regierungen wegen dieser Ereignisse anzugreifen (Hört! Hört! b. d. Komm. und Rufe: Unerbittl.); deren Tadel noch nicht einmal ganz schickte.

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Das Haus vertagt sich dann bis zum 10. Mai.

hat sich gestern mit der Lohnfrage beschäftigt. In später Abendstunde wurde ein Schiedspruch angenommen. Dieser bringt allen volljährigen Arbeitern der Lohngruppen I-VII 4 Wg. Lohnrücklass, der Lohngruppen VIII 5 Wg., ab 1. Oktober allen Lohngruppen 1 Wg. Für die ersten drei Wochentage über 48 Stunden die Woche wird ein Zuschlag von 15%, für die übrigen drei Stunden ein Zuschlag von 25%, bezahlt. Diese Regelung tritt am 1. April d. J. in Kraft.

Ueber Entlassung der Finanzämter.

Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Präsidenten der Landesfinanzämter.

Berlin. Im Reichsfinanzministerium fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen Dr. Brücker eine größere Besprechung mit dem Präsidenten der Landesfinanzämter des Reiches statt. Die Aussprache diente im wesentlichen der sachlichen Erörterung über die weitere Vereinfachung der Reichsfinanzverwaltung, insbesondere auch der Entlastung der Finanzämter in Verfolg der programmatischen Darlegungen, die der Reichsfinanzminister in seiner Etatsrede und seinen sonstigen Ausführungen während der letzten Parlamentstagung gemacht hat.